Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

4. Sitzung (04.03.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Im Namen der Gerechtigkeit legt die Badische Nationalversammlung Verwahrung dagegen ein, daß dem deutschen Volke bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes noch härtere Bedingungen auferlegt wurden, die das deutsche Verkehrswesen lahmlegen und den größten Teil des Reiches von jeder linksrheinischen Kohlenzufuhr abschneiden und die auf dem deutschen Volke lastende Hungerblockade verschärfen, weiterhin dagegen, daß unsere Feinde bei Abnahme der abzuliefernden Lokomotiven, Wagen und Kraftfahrzeuge in schikanöser Weise verfahren sind.

Sie protestiert dagegen, daß unter Mißachtung der Waffenstillstandsbedingungen viele schuldlose deutsche Familien und Einzelpersonen unter Wegnahme ihres Eigentums in einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Weise aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen und Teile unseres Landes von feindlichen Truppen besetzt wurden.

Sie ersucht die Reichsregierung, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß alsbald mit der Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten begonnen und allermindestens der möglichst rasche Rücktransport der über 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer und sämtlicher Zivilgefangener, der schon Mitte August 1918 hätte beendigt sein sollen, herbeigeführt wird."

In der nunmehr eröffneten Beratung ergreifen das Wort die Abgg. Dr. Schofer, Maier-Heidelberg, Dr. Gothein und Mayer-Karlsruhe, zugleich zur Begründung ihres Antrags, sowie Präsident der vorläufigen Volksregierung Geiß.

Die Beratung wird geschlossen.

Die hierauf erfolgende Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrags der Abgg. Dr. Schofer u. Gen.

Schließlich wird noch als weiterer Eingang eine Kurze Anfrage der Abgg. Massa u. Gen., die Verwertung der Wasserkräfte betr., bekanntgegeben und der Präsident nach seinem Vorschlag ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu gegebener Zeit zu bestimmen.

Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: Weber. Karl.

---

4. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 4. März 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Martloff, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Finanzminister Dr. Wirth, Ministerialdirektor Geheimerat Schellenberg, Geh. Oberfinanzrat Moser und Ministerialrat Dr. Steinbrenner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Großhans, Rausch, Saenger, Trunk und Venedey.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Behandlung Kurzer Anfragen und zwar:

a. **Verlesung der schriftlichen Antwort des Ministers des Kultus und Unterrichts auf die Anfrage der Abgg. Richter und Massa, das Gymnasiumsgebäude in Lahr betr.;**

b. **Stellung und Beantwortung der Anfrage der Abgg. Niederbühl u. Gen., die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr., und eventl. weiterer Anfragen.**

Sodann

*) I. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Druckf. Nr. 10).

II. **Mündliche Berichte der Haushaltskommission und Beratung über**

1. **den Gesetzentwurf, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten der Verfassunggebenden badischen Nationalversammlung betr.** (Druckf. Nr. 13) (Antrag s. Druckf. Nr. 13 a), Berichterstatter Abg. Odenwald;

*) Ziff. I. der Tagesordnung kam nicht zur Verhandlung.

2. **die Wünsche um Bewilligung neuer Teuerungszulagen und zwar:**
   *) a. **Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim samt Nachtrag, eingereicht von Verbandssekretär Heini,**
   b. **Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim und Freiburg,**
   Berichterstatter Abg. Goehring;

3. **den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr.** (Druckf. Nr. 16)
   (Antrag s. Druckf. Nr. 16a), Berichterstatter Abg. Goehring;

4. **den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919** (Druckf. Nr. 17),
   Berichterstatter Abg. Goehring.

Die Sitzung wird eröffnet um ¼5 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

I. Schriftliche Bitte der Stenographen des Hauses, im Hinblick auf die Verschlechterung der Hörverhältnisse im Sitzungssaale durch die Neuordnung der Sitzplätze eine Regelung dahin herbeizuführen, daß die Redner vom Rednerpult in der Mitte des Saales aus sprechen.

Der Präsident hält im Einverständnisse mit dem Ausschuß der Vertrauensmänner die Bitte für gerechtfertigt und ersucht die Mitglieder des Hauses, künftighin derselben zu entsprechen.

Ferner bittet der Präsident die Mitglieder des Hauses, sich bei Benützung der Bücherei an die geltenden Bestimmungen zu halten und nicht Sammelwerke, wie Gesetzes- und Verordnungsblätter, Lexika, Wörterbücher usw. aus dem Hause mitzunehmen.

II. Petitionen:

1. Bitte der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene um Schaffung einer selbständigen Ministerialabteilung für das Gesundheitswesen mit einer besonderen Abteilung für soziale Hygiene;
2. Bitte der badischen Ärztevereine im gleichen Betreff;
3. Bitte von Eisenbahnbeamten in Basel im Namen und Auftrag der beteiligten Beamten- und Arbeiter-Organisationen, das Wahlrecht deutscher Staatsbediensteter im Auslande betr.;
4. Bitte des katholischen Lehr- und Erziehungsinstituts Freiburg, die geplante gänzliche oder teilweise Aufhebung der Privatschulen betr.;
5. Bitte der Vorsteherin und der Lehrerinnen im Kloster Lichtental im gleichen Betreff;
6. Bitte des Kollegiums des weiblichen Lehr- und Erziehungsinstituts zum heiligen Grab in Baden-Baden im gleichen Betreff;
7. Bitte der Vorsteherin und der Lehrfrauen am weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut Offenburg im gleichen Betreff;
8. Bitte des Vereins badischer Grundherren, die Stammgüter betr.;
9. Bitte der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden um Errichtung eines Ministeriums für Handel und Industrie;
10. Bitte der Deutschen (liberalen) Volkspartei, Ortsgruppe Freiburg, um Annahme des Zweikammersystems in neuzeitlichem Geiste;
11. Bitte und Resolution des Bundes deutscher Bodenreformer, Landesverband Baden, das Eigentumsrecht am Grund und Boden betr.;
12. Bitte des Arbeitsausschusses der Bezirksbauernräte für den Kreis Konstanz um Schaffung eines besonderen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit einem Landwirt an der Spitze;
13. Bitte einer Anzahl von Interessen-Vertretungen, den Verfassungsentwurf betr.;
14. Bitte des Gemeinderats Kürnbach, die auf Gemarkung Kürnbach gelegenen hessischen Staatsdomänen betr.;
15. Bitte der Abteilung Mannheim des Vereins badischer Lehrerinnen um Erhaltung des konfessionellen Religionsunterrichts als Pflichtfach der Schule;
16. Bitte des Regierungsrats Dr. Kech in Karlsruhe um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulage vom September 1918;
17. Bitte des H. Lindner in Wörishofen um Würdigung seiner Wünsche und Vorschläge zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage;
18. Bitte des Verbands bad. Staatspolizeibeamter um Berücksichtigung seiner in der beigelegten Denkschrift niedergelegten Anregungen und Wünsche;
19. Bitte des K. Rittmann in Ittersbach um Rechtshilfe;
20. Bitte des G. Pfrehme in Schopfheim um Beistand bei Verfolgung seiner Ansprüche als ausgewiesener Reichsdeutscher;
21. Eingaben des Zentralverbands der Handlungsgehilfen, Bezirk Heidelberg, des Verbands der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter-Verwaltung Heidelberg, des Zentralverbands der deutschen Böttcher, Filiale Heidelberg, des Dachdecker-Verbands, Filiale Heidelberg, des Bad. Eisenbahnerverbands, Zahlstelle Hornberg und Umgebung mit Entschließungen in Betreff der sozialen Notlage;
22. Bitte des Büroassistenten C. Kist bei der Rheinbauinspektion in Mannheim um Zuweisung einer Dienstwohnung anläßlich des Neubaues eines Dammmeisterhauses daselbst;

stehen nicht ausdrücklich auf der ausgegebenen Tagesordnung

*) Der Nachtrag Heini und die Eingabe von Freiburg (vergl. den Text des Protokolles).

23. Bitte des Kriegsinvaliden K. Bölle in Uhlingen um Beistand zur Erlangung des Anstellungsscheines;
24. Bitte des verunglückten Fabrikarbeiters F. Münch in Eberbach um Unterstützung;
25. Bitte der H. Schade Ehefrau in Karlsruhe um Rechtshilfe;
26. Bitte des Kriegsteilnehmers K. Helmstätter von Muckental um Unterstützung seiner militärischen Forderungen;
27. Bitte des Porträtmalers A. Schöner in München um Rechtshilfe (neue Eingabe);
28. Bitte des Grenzaufsehers J. B. Sulger in Konstanz um Verbesserung seiner Lage;
29. Bitte des Bezirksvereins des XIV. Armeekorps Karlsruhe des Verbands unterer Zivilbeamten der Reichsheeresverwaltung um Fürsorge für die letzteren, übergeben von dem Abg. Dr. Leser;
30. Eingabe des Verbandssekretärs Heini mit einer neuen Entschließung von etwa 2500 am 2. v. M. im Nibelungensaal in Mannheim versammelt gewesenen Eisenbahnern, des Inhalts, daß sie sich mit der Erklärung des Verkehrsministers betreffs der einmaligen Teuerungszulage vorerst zufrieden geben und wünschen, daß die Zulage bis zu 500 ℳ allen Beamten und Arbeitern gewährt werden solle;
31. Bitte des Oberbeamtenvereins für Heidelberg und Umgebung sowie der Vereinigung der oberen Beamten in Mannheim wegen Gewährung einer weiteren einmaligen Teuerungszulage auch an Beamte von mehr als 5000 ℳ Einkommen;
32. Bitte des Stammkomitees der Hotzenwaldbahn um Erbauung einer normalspurigen Bahn Rheintalbahn—Hottingen—Herrischried als Notstandsarbeit, dazu ein telegraphischer Protest gegen die Beschlüsse der Haushaltskommission;
33. Bitte der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer Eisenbahn von Hardheim nach Königheim;
34. Eingaben der Zentralstelle der badischen Brauindustrie und des Badischen Brauerbundes der Kleinbrauer, das Inkrafttreten des badischen Biersteuergesetzes vom 5. Oktober 1918 betr.;
35. Bitte des Beamtenausschusses des Oberbeamtenvereins Freiburg, die Gehaltsforderung der Oberbeamten betr.;
36. Bitte des Deutschen Technikerverbands um Stärkung des Einflusses des Technikers in der Verwaltung;
37. Bitte der Freien bürgerlichen Vereinigung sowie des Grund- und Hausbesitzervereins in Pforzheim, die Städteordnung betr.;
38. Bitte des G. Siegel in Freiburg, die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr.;
39. Protest des Haus- und Grundbesitzervereins Pforzheim gegen weitere Beschränkung der Rechte der Vermieter;
40. Bitte des Kreissekretärs R. Heiden in Schwetzingen, die Steuerpflicht der Kreisbeamten betr.

Das Haus erklärt sich mit der vom Präsidenten angeordneten Überweisung an folgende Kommissionen

der Eingaben unter OZ. 1—15 an die Verfassungskommission,
„ „ „ „ 16—29 an die Petitionskommission,
„ „ „ „ 30—35 an die Haushalts- (Budget-) Kommission,
„ „ „ „ 36—40 an die Kommission für Justiz und Verwaltung

und mit der Aufnahme von OZ. 30, 31 und 35 schon auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung einverstanden.

III. Sonstige Eingaben und dergleichen aus Volkskreisen:

1. Eingabe des Vorstandes des Gewerbevereins Stetten a. k. M. mit Abdrucken einer Denkschrift für die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung in Betreff der Erhaltung des Truppenübungsplatzes Heuberg;
2. Eingabe des Verlags von Karl Boning jr. in Karlsruhe mit der Nummer 6 der Süddeutschen Sportzeitung für 1919 mit einem Artikel „Die Nationalversammlung und unsere Forderungen" für die Mitglieder des Hauses;
3. Eingabe des Feuilletonschriftleiters und Schriftstellers R. K. Goldschmit mit einer Anzahl von Abdrucken seiner Denkschrift „Die Zukunft des Badischen Landestheaters" für die Mitglieder des Hauses;
4. Eingabe des Vorstandes der Badischen Verbraucherkammer mit Abdrucken einer Eingabe an die vorläufige Volksregierung in Betreff der öffentlichen Bewirtschaftung;
5. Eingabe des Oberrevisors A. Hartmann in Karlsruhe mit einer Drucksache: „Vorschlag, wie die Verhältniswahl als Einerwahl vorgenommen werden kann".

   Die Drucksachen unter OZ. 1—5 kamen oder kommen zur Vreteilung; die Eingabe unter OZ. 5 geht überdies an die Verfassungskommission.
6. Eingabe des Oberreallehrers a. D. Mang in Heidelberg mit einem von ihm verfaßten zeitgemäßen Gedicht und Lied „Deutsches Vaterland" für die Mitglieder der Versammlung.

   Die Zuwendung hat der Präsident dem Herrn Verfasser persönlich verdankt. Das von vaterländischem Geiste durchwehte Gedicht ist zur Verteilung gelangt.
7. Eingabe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Ortsgruppe Schriesheim, mit der von einer Protestversammlung von 300 Angehörigen von Kriegsgefangenen in Schriesheim gefaßten Resolution in Sachen des schleunigen Abschlusses des Präliminarfriedens zur Förderung der Gefangenenbefreiung;
8. Eingabe des Vereins der Deutschen demokratischen Partei in Emmendingen mit der Entschließung einer Protestversammlung daselbst gegen das Verhalten unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage;

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9. Eingabe von Beauftragten einer Protestversammlung in Buchen im gleichen Betreff;
10. Eingabe des Volksrats Öflingen im Namen einer Protestversammlung daselbst im gleichen Betreff;
11. Eingabe der Vereinigten Parteileitungen in Schopfheim im gleichen Betreff.

Diese Eingaben (OZ. 7—11) werden verlesen und durch den von der Nationalversammlung unterm 31. v. M. beschlossenen Protest, der nach der eingegangenen Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten an die Reichsregierung weitergegeben wurde (s. unten V 1), einstweilen für erledigt erklärt.

12. Eingabe des A. Schuhmann in Karlsruhe mit der von einer am 26. Januar 1919 dahier stattgehabten Versammlung von Hinterbliebenen der Fliegeropfer gefaßten Resolution wegen Gewährung von Entschädigung.

Diese Eingabe dient zur Kenntnisnahme und geht zur geschäftlichen Behandlung an die Haushaltskommission.

IV. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Anzeige der Petitionskommission, daß diese sich konstituiert und den Abg. Müller-Schopfheim zum Vorsitzenden, den Abg. Schell zum stellv. Vorsitzenden und den Abg. Fehn zum Schriftführer gewählt hat.

Gleichzeitig wird als Mitglied in dieser Kommission an Stelle des Abg. Massa der Abg. Hoffmann vorgeschlagen.

Das Haus ist damit einverstanden.

2. Anzeige der Kommission für Justiz und Verwaltung, daß sie sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Straub, zum stellv. Vorsitzenden den Abg. Strobel und zum Schriftführer den Abg. Schön gewählt hat.

Dient zur Kenntnisnahme.

3. Interpellationen:
   a. der Abgg. Schell u. Gen., das stehende Heer und die Landarbeiterfrage (Entlassung der Berufslandwirte) betr. (Nr. 2a),
   b. der Abg.g Hertle u. Gen., den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage (Bau der Bahnlinie Rosenberg—Merchingen) betr. (Nr. 4c),
   c. der Abgg. Hertle u. Gen., den Straßenbau und die Arbeiterfrage (Schefflenzer Steige) betr. (Nr. 4d),
   d. der Abgg. Niederbühl u. Gen., die Notlage im Handwerk betr. (Nr. 7b),
   e. der Abgg. Venedey u. Gen., die Aufteilung des Großgrundbesitzes betr. (Nr. 8c),
   f. der Abgg. Vogel u. Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier die Fleischversorgung der Städte Mannheim und Heidelberg betr. (Nr. 9a),
   g. der Abgg. Seubert u. Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier Branntwein-Erzeugung und -Verkehr betr. (Nr. 9b),
   h. der Abgg. Goehring u. Gen., die Linderung der Fliegerschäden betr. (Nr. 12).

   Die Gegenstände unter 3 wurden bezw. werden unter den beigesetzten Nummern gedruckt und einstweilen an die Regierung abgegeben. Das Haus ist damit einverstanden.

4. Ersuchen des Abg. Großhans um Urlaub bis zur Klärung der Sachlage in der gegen ihn schwebenden Untersuchung und des Abg. Rausch wegen Verhinderung durch einen Todesfall.

Der Urlaub wird erteilt.

5. Anzeige des Abg. Geiler von der Niederlegung seines Mandats infolge Wegzugs.

Der Präsident verbindet damit die Mitteilung, daß er den nächstfolgenden Bewerber auf der Vorschlagsliste der Sozialdemokratischen Partei im II. Wahlkreis, Herrn Gewerkschaftssekretär Adolf Kieslich, bereits einberufen habe.

V. Eingänge von seiten der Regierung:

1. Mitteilung des Präsidenten der Vorläufigen Regierung, daß er die Entschließung der Nationalversammlung gegen das Verhalten unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage umgehend an die Reichsregierung sowie an Staatssekretär Erzberger weitergeleitet habe.

Dient zur Kenntnisnahme (s. oben Ziff. III OZ. 7—11 dieses Prot.).

2. Schreiben der Vorläufigen Volksregierung vom 14. Februar 1919 mit dem Entwurf eines Gesetzes, die Gemeinde- und Städteordnung betr. (Nr. 11a);
3. desgleichen vom 5. Februar 1919 mit dem Gesetzentwurf, das vereinfachte Enteignungsverfahren betr. (Nr. 15);
4. desgleichen vom 26. Februar 1919 mit dem Gesetzentwurf, das badische Verwaltungsgesetz betr. (Nr. 18);
5. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 17. Februar 1919 mit dem Entwurf eines Gesetzes, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten der Verfassunggebenden Nationalversammlung betr. (Nr. 13);
6. Schreiben des Ministers der Finanzen vom 22. Februar 1919 mit dem Entwurf eines Gesetzes, die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs betr. (Nr. 14);
7. Unmittelbare Vorlage eines Gesetzentwurfs, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr., seitens der Vorläufigen Volksregierung (Nr. 16);
8. Schreiben des Ministers der Finanzen vom 27. Februar 1919 mit einem weiteren (II.) Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (Nr. 17);

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9. Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 22. Februar 1919, die Prüfung der Staatsrechnungen durch den Landständischen Ausschuß betr.

Die Vorlagen unter OZ. 2—8 sind unter den beigesetzten Nummern gedruckt und verteilt worden. Von den Vorlagen unter 2—9 wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Hauses OZ. 2, 3 und 4 der Kommission für Justiz und Verwaltung, OZ. 5—9 der Haushaltskommission überwiesen. Mit dem gleichen Vorbehalt sind die Vorlagen unter 5, 7 und 8 bereits auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden (Ziff. II. OZ. 1, 3, 4).

Das Haus ist einverstanden.

10. Zwei Schreiben des Ministeriums des Innern vom 24. und 27. Februar 1919 in Betreff der Reisen der Mitglieder der Verfassunggebenden Nationalversammlung in der neutralen Zone. Darnach sind zur Ermöglichung des Verkehrs des Abg. Saenger zwischen Karlsruhe und seinem Wohnort die geeigneten Schritte geschehen. Bezüglich derjenigen Abgeordneten, welche aus dem Heeresdienst entlassen sind und vor dem 1. August 1914 nicht in einer Gemeinde der neutralen Zone ihren Wohnsitz hatten, wünscht das Ministerium ein Verzeichnis zu erhalten, um Aufenthaltserlaubnis für dieselben erwirken und diesbezügliche Bescheinigungen ausstellen zu können.

Die Angelegenheit zirkuliert im Hause.

11. Schreiben des Ministeriums des Innern an das Archivariat mit Abdrucken eines für die Gemeinden bestimmten Kriegs-Gedenkblattes der Badischen vorläufigen Volksregierung zur Zustellung an die Mitglieder des Hauses.

Die Verteilung ist bereits erfolgt.

12. Schreiben der Generaldirektion des Bad. Landestheaters, wonach sinngemäß der dem Landtage gegebenen Zusage auch für die Theatervorstellungen im Konzerthaus je 6 Plätze im Orchestersperrsitz und Parkett I bis jeweils mittags 1 Uhr des Vorstellungstages für die Mitglieder der Nationalversammlung vorbehalten bleiben und für die regelmäßige Auflegung des Theaterzettels im Ständehaus Sorge getragen ist.

Die Mitteilung wird verdankt und dient zur Kenntnisnahme.

13. Erklärung des Ministers für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen, daß er bereit sei, die Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Drucks. Nr. 10), zu beantworten.

Der Gegenstand wurde unter Vorbehalt der Zustimmung des Hauses bereits auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt (Ziff. I). Die Zustimmung wird erteilt.

14. Schreiben des Ministers des Innern mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellationen der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Mißstände im stehenden Heer betr. (Drucks. Nr. 2), sowie der Abgg. Hahn u. Gen., die Gemeindeverwaltung betr. (Drucks. Nr. 11);

15. Schreiben des Verkehrsministers mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellationen
   a. der Abgg. Engelhardt u. Gen. sowie der Abgg. Kiefer u. Gen., den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 4 a und 4 b),
   b. der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 5).

Die Schreiben unter 14 und 15 dienen einstweilen zur Kenntnisnahme.

16. Schriftliche Antwort des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 15. Februar 1919 auf die Kurze Anfrage der Abgg. Richter und Massa, das Gymnasiumsgebäude in Lahr betr.;

17. Erklärung des Justizministers, daß er bereit sei, die Kurze Anfrage der Abgg. Niederbühl u. Gen., die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr., zu beantworten.

Zu OZ. 16 und 17 vergl. die heutige Tagesordnung Buchst. a und b.

VI. Endlich liegen gedruckte Anträge vor zu den mündl. Berichten der Haushaltkommission zu den Ges.-Entw. über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten und die Steuererhebung für 1919 (Drucks. Nr. 13 u. 16).

Dieselben (Drucks. Nr. 13 a und 16 a) gelangen einstweilen zur Verteilung.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Buchst. a: Kurze Anfrage, das Gymnasiumsgebäude in Lahr betr.

Dieselbe wird vom Präsidenten verlesen und lautet:

„Der schlechte bauliche Zustand des Lahrer Gymnasiums bedingt sofortige Abhilfe. Was hat die vorläufige Volksregierung getan, um die Inangriffnahme des Baues unverzüglich zu bewerkstelligen?"

Schriftführer Abg. Frhr. v. Gleichenstein verliest die Antwort des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 15. Februar 1919 (vergl. Eingang V. Ziff. 16).

Buchst. b: Kurze Anfrage der Abgg. Niederbühl u. Gen., die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr.

Abg. Niederbühl verliest die Anfrage, lautend:

„Bis zum 31. Juli 1919 ist die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Diese kurze Frist ist zur Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Handwerk und Gewerbe unzureichend. Welche Schritte gedenkt die Regierung zur längeren Beibehaltung der Vorschriften zum Schutze der Kriegsteilnehmer und aller durch den Krieg geschädigten Personen zu unternehmen?"

Justizminister Marum beantwortet die Anfrage.

Nunmehr folgt die eigentliche Tagesordnung und zwar unter einstweiliger Zurückstellung von Punkt I zunächst

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ziffer II 1: Gesetzentwurf, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten der Verfassunggebenden badischen Nationalversammlung betr. (Drucks. Nr. 13).

Abg. Odenwald erstattet namens der Haushaltskommission mündlichen Bericht. Der Kommissionsantrag (Drucks. Nr. 13 a) geht dahin, dem Gesetzentwurf in der aus der Anlage des gedruckten Antrags ersichtlichen Fassung die Zustimmung zu erteilen.

In der allgemeinen Beratung ergreift niemand das Wort, ebenso in der Einzelberatung, in der von dem Präsidenten Überschrift und Einleitung sowie die einzelnen Paragraphen des abgeänderten Gesetzentwurfs aufgerufen werden.

In der namentlichen Abstimmung wird der Gesetzentwurf in der beschlossenen Fassung mit 94 gegen 2 Stimmen angenommen. Es stimmten

mit „Ja" die Abgg. Albietz, Amann, Bechtold, Belzer, Dr. Bernauer, Beyerle, Blase, Dr. Dietz, Eberhardt, Engelhardt, Fehn, Fischer-Karlsruhe, Fischer-Meissenheim, Fleig, Geck, Geiß, Dr. Glockner, Goehring, Dr. Gothein, Habermehl, Hahn, Hamann, Hartmann, Helffrich, Heurich, Herbster, Hertle, Hoffmann, D. Holdermann, Horler, Hummel, Ihrig, Jost, Kahn, Karl, Kiefer, Kieslich, Köhler, König, Dr. Koenigsberger, Kopf, Dr. Kraus, Kräuter, Krischbach, Kurz, Dr. Leser, Mager, Martin, Martzloff, Massa, Mast, Mayer-Karlsruhe, Müller-Schopfheim, Müller-Baden, Müller-Karlsruhe, Muser, Neck, Niederbühl, Odenwald, Otto, Regenscheit, Remmele, Richter, Rigel, Roeckel, Roesch, Roth, Rückert, Schäffer, Schell, Schneider-Freiamt, Schneider-Heidelberg, Dr. Schofer, Schön, Schöpfle, Seubert, Siebert, Spang, Spengler, Spieß, Stockinger, Straub, Strobel, Vierneisel, Vogel, Weber-Durlach, Weber-Heidelberg, Weißmann, Wiedemann, Dr. Wirth, Wittemann, Dr. Zehnter, Ziegelmeyer-Langenbrücken und Ziegelmaier-Oberkirch;

mit „Nein" die Abgg. Frhr. v. Gleichenstein und Weißhaupt.

Die Punkte Ziffer II OZ. 2, 3 und 4 der Tagesordnung: Wünsche betreffs Bewilligung neuer Teuerungszulagen, Gesetzentwurf über die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Drucks. Nr. 16) und II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (Drucks. Nr. 17) werden gemäß dem Vorschlag des Präsidenten zur gemeinschaftlichen Verhandlung verbunden.

Abg. Goehring erstattet über sämtliche Beratungsgegenstände mündlichen Bericht. Die von ihm namens der Haushaltskommission gestellten Anträgen gehen dahin:

1. die Vorstellungen der Mannheimer Eisenbahnerversammlung sowie der Oberbeamten in Heidelberg und Mannheim *) durch die Vorlagen der Badischen vorläufigen Volksregierung für erledigt zu erklären,
2. dem Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Drucks. Nr. 16), in der Fassung der Regierungsvorlage die Zustimmung zu erteilen (Drucks. Nr. 16 a),
3. die im II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (vergl. Drucks. Nr. 17) enthaltenen Anforderungen unverändert zu genehmigen.

In der hierauf eröffneten allgemeinen Beratung ergreifen das Wort: Finanzminister Dr. Wirth und Verkehrsminister Rückert.

Hierauf wird abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf morgen

Mittwoch den 5. März 1919
vormittags 9 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung ¾8 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein. Weber.

---

*) Komm.-Antrag bezüglich der II. Eingabe der Eisenbahner und der Eingabe der Oberbeamten in Freiburg siehe Nachtrag zu diesem Bericht im Prot. der 6. Sitzung.